

Di. 07. Mai 2013

Drucken **Brandenburger machen mobil**

von Redaktion

Bündnis gegen Massentierhaltung, Pestizide und Antibiotika

Bunte Truppe: Das Landesnetzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“.

Foto: BUND Brandenburg

Jakobshagen (uk)

.Mehr als 30 Vertreter von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen aus allen Regionen Brandenburgs haben am Wochenende in Jakobshagen (Boitzenburger Land) die Brandenburgische Landesgruppe des bundesweiten Netzwerks „Bauernhöfe statt

Agrarfabriken“ gegründet. Das Netzwerk macht sich nach eigenen Angaben stark für eine bäuerliche Landwirtschaft auch in Brandenburg – „ohne Massentierhaltung und den übermäßigen Einsatz von Agrarchemie und Antibiotika“. Die industrielle Landwirtschaft sei für Nutztiere eine Qual, für die Umwelt eine nicht mehr hinnehmbare Belastung und ein permanentes Risiko für die Verbraucher.

Weiter hieß es in einer Mitteilung: „Der wirtschaftliche Druck, immer mehr Masse zu Weltmarktpreisen zu produzieren, treibt Jahr für Jahr Tausende bäuerliche Familien und Landwirtschaftsbetriebe in den Ruin. Die Agrarindustrie gefährdet damit die Zukunft unserer ländlichen Regionen. Im Land Brandenburg wächst der Protest gegen die Agrarindustrie, immer mehr Bürgerinitiativen kämpfen vor Ort gegen die Planung und Genehmigung neuer Tierfabriken.“

Mit kreativen Aktionen auf Folgen aufmerksam machen

Was bisher gefehlt habe, sei die Vernetzung und Unterstützung der Initiativen vor Ort. Außerdem werde das Bündnis mit kreativen Aktionen die negativen Folgen der Agrarindustrie für Brandenburg zum Thema machen. Viele Brandenburger wüssten nicht, was für ein massiver Strukturwandel sich in „unseren ländlichen Regionen“ vollziehe und welche Ausmaße die Umweltzerstörung durch die Agrarindustrie angenommen habe.

Von der Politik fordere man die Abschaffung gesetzlicher Privilegien für industrielle Tierhaltung, mehr Tierschutz und höhere Standards für den Umwelt- und Verbraucherschutz. Die Landesregierung und den Landesbauernverband werde zu einem Kurswechsel in der Agrarpolitik aufgerufen. Bisher würden die zuständigen Landesbehörden überwiegend als Erfüllungsgehilfen agrarindustrieller Investoren auftreten.

Die Grünen wünschten dem Landesnetzwerk in einer Mitteilung „stets durchschlagenden Erfolg“.

Empfehlen

Senden